

97.030

Reduktion der CO₂-Emissionen. Bundesgesetz

Réduction des émissions de CO₂. Loi fédérale

Differenzen – Divergences

Siehe Seite 26 hiervor – Voir page 26 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 9. März 1999
Décision du Conseil des Etats du 9 mars 1999

Bundesgesetz über die Reduktion der CO₂-Emissionen Loi fédérale sur la réduction des émissions de CO₂

Art. 6; 7 Abs. 3

Antrag der Kommission

Mehrheit

Festhalten

Minderheit

(Stump, Borel, Herczog, Hollenstein, Semadeni, Strahm, Wiederkehr)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 6; 7 al. 3

Proposition de la commission

Majorité

Maintenir

Minorité

(Stump, Borel, Herczog, Hollenstein, Semadeni, Strahm, Wiederkehr)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Fischer-Seengen Ulrich (R, AG), Berichterstatter: Die einzige Differenz beim CO₂-Gesetz gibt es noch bei der Einführung der CO₂-Abgabe: Wir müssen darüber entscheiden, ob die Zuständigkeit beim Bundesrat liegen soll, so, wie der Ständerat dies bisher will, oder ob sie beim Parlament liegen soll, so, wie wir dies schon einige Male beschlossen haben.

Hier nehmen wir also die voraussichtlich zweitletzte Etappe in diesem Differenzbereinigungsverfahren in Angriff. Wenn wir festhalten, dann wird noch die Einigungskonferenz folgen.

Die CO₂-Abgabe ist für den Fall vorgesehen, dass die Ziele des CO₂-Gesetzes auf andere Weise nicht erreicht werden können. Sie ist also gewissermassen eine Ultima ratio.

Der Ständerat und der Bundesrat sind nun der Auffassung, die Einführung dieser Abgabe sei zum Zeitpunkt, da alle Voraussetzungen erfüllt seien, eine reine Ausführungshandlung. Der politische Entscheid darüber werde bereits heute, bei der Verabschiedung des Gesetzes, gefällt. Unser Rat betont demgegenüber die politische Dimension einer Einführung dieser CO₂-Abgabe, deren Höhe ja beträchtlich sein kann. Nach unserer bisherigen Auffassung soll das Parlament die Möglichkeit haben, einen Beschluss darüber zu fassen – wobei dieser Beschluss allerdings nicht referendumsfähig sein soll. Diese Lösung ist damit gewissermassen bereits ein Kompromiss.

Der Widerstand des Ständerates gegen die Lösung unseres Rates, d. h. gegen die Einführung durch Parlamentsbeschluss, hat sich sukzessive abgeschwächt. Im letzten Durchgang hat der Ständerat lediglich noch mit 20 zu 18 Stimmen an der Lösung des Bundesrates festgehalten.

Unsere Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie hat heute morgen – mit 12 zu 7 Stimmen – beschlossen festzuhalten. Ich empfehle Ihnen, das gleiche zu tun.

Diese Abstimmung gilt gleichzeitig für die Artikel 6 und 7.

Stump Doris (S, AG): Der Kommissionssprecher hat Ihnen die Sachlage ausführlich geschildert. Ich möchte Ihnen kurz nochmals in drei Bemerkungen darlegen, weshalb wir weiterhin die Kompetenz für die Einführung dieser Abgabe beim Bundesrat belassen möchten.

1. Mit der Verschiebung der Kompetenz zur Einführung der CO₂-Abgabe vom Bundesrat auf das Parlament will unser Rat eine klassische Exekutivaufgabe für sich in Anspruch nehmen. Die Gründe für diesen Anspruch wurden nie richtig offengelegt. Im Ständerat wurde vermutet, es läge am Misstrauen gegenüber dem Bundesrat. Ich meine, dass hinter dieser Haltung vielmehr der fehlende Wille zu griffigen Massnahmen zum Schutz unserer Umwelt stehe.

2. Mit der Verschiebung der Kompetenz auf das Parlament und dem Entzug des fakultativen Referendums meine ich, dass sogar die Stimmberechtigten schliesslich ihre Mitsprache bei diesem Beschluss verlieren. So ist die demokratische Legitimation dieses Beschlusses schliesslich nicht mehr vorhanden. Es ist vielmehr eine Verzögerungstaktik.

3. Sollten Sie der Mehrheit folgen und die Einführung der CO₂-Abgabe nicht der Exekutive überlassen, sondern ein weiteres parlamentarisches Verfahren verlangen, dann ziehen Sie diesem Gesetz alle Zähne. Es verkommt zu einer schönen Absichtserklärung ohne irgendwelche Konsequenzen; es verkommt zu einem Alibigesetz.

Ziele werden nur erreicht, wenn entsprechende Massnahmen geplant und auch umgesetzt werden. Ich bitte Sie um Zustimmung zum Minderheitsantrag.

Präsident: Die SVP-Fraktion teilt mit, dass sie die Mehrheit unterstützt.

Leuenberger Moritz, Bundesrat: Der Bundesrat hält an seiner Auffassung fest bzw. unterstützt den Beschluss des Ständerates.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	83 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	70 Stimmen

Präsident: Herr Fischer-Seengen teilt mit, dass er ja gestimmt hätte, wenn die Abstimmungstaste an seinem Pult funktioniert hätte. Es sind also 83 Jastimmen.

An die Einigungskonferenz – A la Conférence de conciliation

98.017

Koordination und Vereinfachung der Plangenehmungsverfahren Coordination et simplification des procédures d'approbation des plans

Differenzen – Divergences

Siehe Seite 53 hiervor – Voir page 53 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 3. Juni 1999
Décision du Conseil des Etats du 3 juin 1999

Bundesgesetz über die Koordination und Vereinfachung von Entscheidungsverfahren

Loi fédérale sur la coordination et la simplification des procédures de décision

Ziff. 13 Art. 37p Abs. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. 13 art. 37p al. 1*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Grobet Christian (S, GE), rapporteur: J'excuse M. Baumberger, rapporteur de langue allemande, qui est retenu dans une commission.

Je signale que la petite divergence qui oppose notre Conseil au Conseil des Etats est très modeste. En fait, le Conseil des Etats adapte un texte que nous avons nous-mêmes amendé en ce qui concerne la durée des zones réservées pour les routes et pour les voies ferroviaires. Nous avons décidé de ramener le délai de huit à cinq ans. En toute logique, le Conseil des Etats a décidé de ramener le délai de huit à cinq ans également pour les zones réservées pour les places d'aviation.

Cette solution identique pour les trois catégories de zones réservées a sa logique et c'est la raison pour laquelle votre commission vous recommande d'adhérer à la décision du Conseil des Etats.

*Angenommen – Adopté**An den Ständerat – Au Conseil des Etats*

99.018

Zolltarifarisches Massnahmen 1998/II

Tarif des douanes. Mesures 1998/II

Bericht und Beschlussentwurf vom 24. Februar 1999 (BBI 1999 2710)

Rapport et projet d'arrêté du 24 février 1999 (FF 1999 2476)

Kategorie V, Art. 68 GRN – Catégorie V, art. 68 RCN

Lachat François (C, JU) unterbreitet im Namen der Aussenpolitischen Kommission (APK) den folgenden schriftlichen Bericht:

Aufgrund des Zolltarifgesetzes (ZTG), des Bundesgesetzes über die Ein- und Ausfuhr von Erzeugnissen aus Landwirtschaftsprodukten und des Bundesbeschlusses über die Gewährung von Zollpräferenzen zugunsten der Entwicklungsländer unterbreitet der Bundesrat den eidgenössischen Räten den 18. Halbjahresbericht über zolltarifarisches Massnahmen, welche er in der zweiten Hälfte des Jahres 1998 in Kraft gesetzt hat. Die eidgenössischen Räte müssen entscheiden, ob diese Massnahmen in Kraft bleiben, ergänzt oder geändert werden sollen.

Gestützt auf das ZTG hat der Bundesrat in der Berichtsperiode die folgenden Massnahmen getroffen:

1. die Senkung der Schwellenpreise für Futtermittel zur Verbesserung der Wettbewerbssituation der inländischen Fleischproduzenten;
2. die erneute Verlängerung der Konzessionen, welche der Europäischen Union anlässlich der Bereinigung der Liste LIX-Schweiz-Liechtenstein im Käsebereich autonom zugestanden wurden, bis zum 30. Juni 1999;
3. die Verlängerung der im Jahre 1992 erstmals vorgenommenen Zollausssetzung für ein nur in den USA und Japan erzeugtes Kunststoffgranulat um zwei Jahre.

Gestützt auf das Bundesgesetz über die Ein- und Ausfuhr von Erzeugnissen aus Landwirtschaftsprodukten hat der Bundesrat die folgenden Massnahmen beschlossen:

– die Anpassung der Einfuhrbelastung von Fettmischungen an die Preisunterschiede bei den verwendeten Rohstoffen, um auf dem Inlandmarkt wieder angemessene Wettbewerbsbedingungen zwischen der Butter und den eingeführten Fettmischungen herzustellen;

– die Anpassungen der Vollzugsverordnungen infolge der Umtarifizierung von Zuckermais, Getreideflocken und Zubereitungen auf der Basis von Kaffee im Rahmen des Harmonisierten Systems zur Bezeichnung und Codierung der Waren;

– die Erweiterung der Ausfuhrbeiträge auf Fraktionen von eingesottener Butter und die allgemeine Beschränkung der Ausfuhrbeiträge für sämtliche importierten Grundstoffe auf die Höhe der bei der Einfuhr zu entrichtenden Zollabgaben.

Gestützt auf den Zollpräferenzenbeschluss hat der Bundesrat beschlossen, die Zollpräferenzen zugunsten der Bundesrepublik Jugoslawien zu suspendieren, nachdem sich die Situation, insbesondere in Kosovo, massgebend verschlechtert hatte.

Wir verweisen auf die im Anhang zum Bericht erfolgte Veröffentlichung der Zuteilung der Zollkontingente und deren Ausnützung in einem Separatdruck. Dieser kann bei der Dokumentationszentrale der Parlamentsdienste bezogen werden.

Lachat François (C, JU) présente au nom de la Commission de politique extérieure (CPE) le rapport écrit suivant:

Conformément à la loi sur le tarif des douanes (LTaD), à la loi fédérale sur l'importation et l'exportation de produits agricoles transformés, et à l'arrêté fédéral concernant l'octroi de préférences tarifaires en faveur des pays en développement (arrêté sur les préférences tarifaires), le Conseil fédéral soumet aux Chambres fédérales son 18e rapport sur les mesures tarifaires, consacré à celles qu'il a arrêtées au cours du 2e semestre 1998. Il appartient aux Chambres de décider s'il convient de les maintenir, de les compléter ou de les modifier.

Au cours du 2e semestre, le Conseil fédéral, en vertu de la LTaD, a:

1. réduit les prix seuils des matières fourragères, ce qui a contribué à améliorer la compétitivité des producteurs indigènes de viande;
2. prorogé jusqu'au 30 juin 1999 les concessions dans le secteur du fromage, qui ont été accordées de manière autonome à l'UE à l'occasion de la modification de la liste LIX-Suisse-Liechtenstein;
3. prolongé de deux ans la suspension des droits de douane prélevés à l'importation d'un granulé de matières plastiques, produit exclusivement aux Etats-Unis et au Japon.

Il a en outre, en vertu de la loi fédérale sur l'importation et l'exportation de produits agricoles transformés:

- adapté la charge à l'importation de mélanges de matières grasses en fonction des différences de prix des produits de base utilisés, afin de rétablir sur le marché national des conditions de concurrence équitables entre le beurre et les mélanges importés ayant une teneur élevée en beurre, et de maintenir des débouchés pour l'agriculture indigène;
 - adapté les ordonnances d'exécution à la suite du changement de tarification du maïs doux, des flocons de céréales et des préparations à base de café, dans le cadre du système harmonisé de désignation et de codification des marchandises;
 - étendu la contribution à l'exportation aux fractions de beurre fondu, et limité de manière générale le niveau des contributions à l'exportation à celui des droits à l'importation prélevés sur tous les produits de base importés.
- Enfin, en vertu de l'arrêté sur les préférences tarifaires, le Conseil fédéral a décidé de suspendre les préférences tarifaires accordées à la République fédérale de Yougoslavie, dont la situation s'est sensiblement dégradée, notamment au Kosovo.

Nous attirons par ailleurs votre attention sur le fait que le document répertoriant la répartition et l'utilisation des contingents tarifaires a été publié sous la forme d'un tiré à part que vous pouvez obtenir auprès de la Centrale de documentation des Services du Parlement.

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt mit 9 zu 1 Stimmen und bei 2 Enthaltungen, vom Bericht Kenntnis zu nehmen und dem Beschlussentwurf zuzustimmen.

Koordination und Vereinfachung der Plangenehmigungsverfahren

Coordination et simplification des procédures d'approbation des plans

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1999
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	07
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	98.017
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	08.06.1999 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1007-1008
Page	
Pagina	
Ref. No	20 045 973

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.